



BRANCHENVERBAND  
CANNABISWIRTSCHAFT E.V.

# Wahlprüfsteine der Cannabiswirtschaft zur Europawahl 2024

**ELEMENTE**

Materialien zur Cannabiswirtschaft

Band 44

# Inhalt

<b>1. Tabellarische Übersicht.....</b>	<b>3</b>
<b>2. Fragen und Antworten.....</b>	<b>4</b>
1. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen.....	4
2. Förderung.....	5
3. Genusscannabis: Europäische und internationale Verträge.....	7
4. Green Deal.....	8
5. Traditionelle Lebensmittel.....	9
6. Angemessene THC-Grenzwerte.....	11
7. Rechtssicherheit bei weiteren Cannabinoiden (z.B. CBD).....	12
8. Normalisierung des Geschäftsverkehrs mit legalen Hanfprodukten.....	13
<b>3. Auszug aus den Wahlprogrammen zur Cannabis- / Drogenpolitik.....</b>	<b>14</b>

## Impressum:

ELEMENTE - Materialien zur Cannabiswirtschaft  
Schriftenreihe des Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V.  
(BvCW)

Herausgeber: BvCW e.V., Luisenstr. 54, 10117 Berlin

Verantwortlich: Jürgen Neumeyer

Band: 44 Parteiprogramme & Wahlprüfsteine der Cannabis-  
wirtschaft zur Europawahl 2024 - Branchenverband Cannabi-  
swirtschaft e.V.

Redaktionsschluss: 18.09.2024



# 1. Tabellarische Übersicht

	CDU	Grüne	SPD	Linke	FDP	Volt	Piratenpartei
<b>1. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen</b>							
<b>2. Förderung</b>							
<b>3. Genusscannabis: Europäische und internationale Verträge</b>							
<b>4. Green Deal</b>							
<b>5. Traditionelle Lebensmittel</b>							
<b>6. Angemessene THC-Grenzwerte</b>							
<b>7. Rechtssicherheit bei weiteren Cannabinoiden (z.B. CBD)</b>							
<b>8. Normalisierung des Geschäftsverkehrs mit legalen Hanfprodukten</b>							

## 2. Fragen und Antworten

### 1. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen

Wie werden Sie sich für eine europaweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis einsetzen?



Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet. Drogen zum Freizeitkonsum lehnen CDU und CSU entschieden ab. Im Gegensatz dazu steht die kontrollierte Abgabe von Cannabis zum medizinischen Gebrauch. Zielgerichtete Maßnahmen, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit hochreinen Cannabisarzneimitteln sicherzustellen, unterstützen wir. Zusätzlich wollen wir erforschen lassen, wie der Nutzen von medizinischem Cannabis weiter erhöht werden kann – zum Wohle von Schmerzpatienten. Die vielfältigen und nachhaltigen Einsatzmöglichkeiten von Hanf bei der Textil- und Papierherstellung, in der Bauindustrie etc. sollen im Rahmen der Entwicklung der Bioökonomie in der EU weiter erforscht und entwickelt werden.



Die Prohibition von Cannabis zu Genusszwecken beeinträchtigt auch die Forschung und Nutzung im Zusammenhang von Cannabis als Medizin. Wir GRÜNE streben eine EU-weite Legalisierung an, um so auch Forschungshemmnisse abzubauen. Der wissenschaftliche Umgang mit Cannabis soll nicht genehmigungspflichtig sein, sondern anzeigepflichtig.



Neue Gesetzesvorhaben müssen seitens der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden. Das Europäische Parlament hat kein eigenes Initiativrecht. Die Kommission hat Stand 2024 nicht vor, eine weitere Harmonisierung innerhalb des EU-Rechtsrahmens vorzuschlagen, da derzeit keine Aussicht auf eine Einigung über einen gemeinsamen Ansatz auf EU-Ebene besteht. Als Sozialdemokrat\*innen haben wir uns bereits 2019 im Initiativbericht zu medizinischem Cannabis für einen EU-weiten Ansatz und eine angemessen finanzierte wissenschaftliche Forschung eingesetzt. Seitdem vertreten wir eine konstante Position.



Die Linke fordert für alle Menschen in der EU einen guten Zugang zu medizinischem Cannabis. Wir befürworten auch perspektivisch eine Sozial-Union, die einen vergleichbaren Lebensstandard und damit auch eine vergleichbare Gesundheitsversorgung gewährleistet. Im Moment ist es jedoch nicht sicher, dass eine Vereinheitlichung in der EU nicht einen Rückschritt für Deutschland bedeuten würde.



Die Fragen 1 und 3 werden gemeinsam beantwortet. Wir Freie Demokraten wollen das EU-Recht reformieren, um den Mitgliedstaaten die kontrollierte Freigabe von Cannabis und eine eigenständige Drogenpolitik zu ermöglichen. In Deutschland haben wir in Regierungsverantwortung durch die Entkriminalisierung des Cannabiskonsums einen längst überfälligen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik vollzogen. Wir Freie Demokraten haben eine kontrollierte Freigabe von Cannabis schon lange befürwortet und uns dafür eingesetzt, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Im Zuge der Entkriminalisierung von Cannabis wurde Medizinalcannabis richtigerweise aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen und es wurden bessere Möglichkeiten für den Anbau von Medizinalcannabis in Deutschland geschaffen.



Cannabisblüten, deren Extrakte und synthetisches THC sollen EU-weit auf gewöhnlichem Wege, also gemäß der Verordnung (EG) Nr. 726/2004, als Arzneimittel zugelassen werden können. Diese Produkte müssen dann auch in allen Ländern der EU verschrieben werden dürfen, was ggf. Anpassungen der nationalen Rauschmittel- und Arzneimittelgesetze voraussetzt. Falls möglich möchten wir über direkt über die EU eine Liste von Indikationen einführen, in denen die Kosten von Krankenversicherungen oder öffentlichen Gesundheitssystemen übernommen werden müssen. Diese Regelungen sollen liberaleren Umsetzungen auf nationaler Ebene nicht im Wege stehen.



Die Europäische Piratenpartei unterstützt die Legalisierung von psychedelisch unterstützten Therapien. Wir sind der Meinung, dass Patienten das Recht haben sollten, diese Behandlungen unter ärztlicher Aufsicht in Anspruch zu nehmen und dass sie reguliert werden sollten, um Sicherheit und Wirksamkeit zu gewährleisten. Die Piratenpartei unterstützt die Entwicklung einer evidenzbasierten Politik, die darauf abzielt, den Zugang zu psychedelisch unterstützten Therapien zu erweitern und die Forschung über das therapeutische Potenzial dieser Substanzen zu fördern.

## 2. Förderung

**Inwieweit werden Sie sich für die Anbau- und Forschungsförderung zu den nachhaltigen Potentialen von Hanf - sowohl im medizinischen, als auch im Industriehanfbereich (z. B. Baustoff, Faserverbundstoff, Papier, Textilien, Lebensmittel) - einsetzen?**



Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.  
Drogen zum Freizeitkonsum lehnen CDU und CSU entschieden ab. Im Gegensatz dazu steht die kontrollierte Abgabe von Cannabis zum medizinischen Gebrauch. Zielgerichtete Maßnahmen, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit hochreinen Cannabisarzneimitteln sicherzustellen, unterstützen wir. Zusätzlich wollen wir erforschen lassen, wie der Nutzen von medizinischem Cannabis weiter erhöht werden kann – zum Wohle von Schmerzpatienten.  
Die vielfältigen und nachhaltigen Einsatzmöglichkeiten von Hanf bei der Textil- und Papierherstellung, in der Bauindustrie etc. sollen im Rahmen der Entwicklung der Bioökonomie in der EU weiter erforscht und entwickelt werden.



Die Förderung von Wissenschaft und Forschung soll ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen Anbau- und Erntetechnik sowie Verarbeitung, gesundheitlicher Nutzen und Verbraucher\*innenschutz von Produkten auf Basis von Cannabidiol und anderen Cannabinoiden, Sortenzüchtung. Mehr Forschung kann dazu beitragen, Cannabis als Medizin gezielt einsetzen zu können und Leiden zu lindern.



Wir wollen das Innovationspotenzial unserer Gesellschaft und Wirtschaft bestmöglich nutzen, um den Wandel aktiv mitzugestalten. Unser Ziel ist eine europäisch geeinte Wissens- und Forschungslandschaft mit einem dichten Netz von Kooperationen, gemeinsamen Programmen und gezielt geförderten großen Zukunftsprojekten. Als Sozialdemokrat\*innen setzen wir uns für eine bessere Mittelausstattung des EU-Programms zur Forschungsförderung „Horizon Europe“ ein. Auch Forschungsprojekte zu auf Cannabis basierten Produkten können unter „Horizon Europe“ gefördert werden.

## **DIE LINKE.**

Bei den medizinischen Anwendungen von Cannabis gibt es aufgrund der langen Prohibitions-  
geschichte noch immer ein Forschungsdefizit. Die Linke hat die Förderung von Medizincannabis  
gefordert und das Gesetz im Grundsatz begrüßt (auch wenn es noch immer unnötige Hürden  
aufbaut). Gleichzeitig muss es für zugelassene Arzneimittel im Interesse der Patientensicherheit  
zurecht einen Nachweis von Wirksamkeit und Sicherheit durch aussagefähige Studien geben. Wir  
fordern hier mehr staatliches Engagement bei der klinischen Forschung und letztlich eine Gleich-  
stellung von Cannabisarzneimitteln mit anderen Arzneimitteln.  
Beim Nutzhanf braucht es eine Entstigmatisierung und Normalisierung. Wo Hanf zu einer klima-  
und umweltgerechteren Lebens- und Wirtschaftsweise beitragen kann, muss es auch staatlicher-  
seits entsprechend Anreize und Entlastungen geben.



Medizinalcannabis hat sich als wirksames Arzneimittel bei unterschiedlichen Krankheitsbildern ge-  
zeigt – und es werden nach wie vor neue Wirkungsbereiche entdeckt. Es wird zur Behandlung von  
Migräne, chronischen Schmerzen oder auch Anfallsleiden sowie im palliativen Bereich genutzt.  
Die Hanfpflanze wird außerdem seit Jahrtausenden als Rohstoff im Bereich Bekleidung, Nahrung  
oder auch im Bau genutzt. Hanf ist schnellnachwachsend, bindet viel CO<sub>2</sub> und hat eine positive  
Fruchtfolgewirkung. Gerade für nachhaltigen und schnellen Bau (Dämmmaterial) ist Hanf ideal.  
Dieses vielfältige Potential wollen wir nutzen. Wir unterstützen daher auch in der Bundesregie-  
rung eine intensivere Forschung zu Anbau- und Züchtungsoptionen, da derzeit in Deutschland  
nur wenig eigenes Saatgut für Nutzhanf hergestellt wird. Auch die Nutzung von Hanf soll stärker  
erforscht werden.



Wir fordern zunächst eine Angleichung des bürokratischen Aufwands und der gesetzlichen Regu-  
lierung des Hanfanbaus mit dem Anbau anderer Nutzpflanzen. Dies beinhaltet

1. eine Erhöhung der THC-Grenzwerte von Hanfpflanzen auf Feldern auf mindestens 1%,
2. eine Erhöhung der THC-Grenzwerte in Endprodukten (Siehe Frage 5),
3. Eine Sicherheit für Landwirte, dass sie ihre Pflanzen rechtzeitig ernten, verkaufen und ver-  
arbeiten können, unabhängig vom tatsächlich vorhandenen THC-Gehalt, solange zertifiziertes  
Saatgut verwendet wurden,
4. Verringerung des Bürokratischen Aufwands, z.B. durch Abschaffung der Mitteilung über Beginn  
der Blüte oder des Einsendens von Saatgutetiketten.

Diese Regelungen möchten wir EU-weit umsetzen, dabei den Nationalstaaten Möglichkeiten  
einräumen, bestehende liberalere Regelungen beizubehalten. Auch die Förderung des Nutzhanf-  
anbaus und dessen Verarbeitung möchten wir mit den anderen Nutzpflanzen angleichen. Durch  
die jahrzehntelange Benachteiligung der Hanfindustrie durch die Gesetzgeber sehen wir darüber  
hinaus Spielraum zu weiterer Förderung, vor allem, wenn diese einer nachhaltigen Landwirtschaft  
und so dem Umweltschutz dient. Für Medizinalcannabis siehe Frage 1.



Hanf für alle seinen nutzbaren Zwecke zu realisieren und Forschung zu fördern gehört zu unseren  
plakatierten Zielen. Selbstverständlich werden wir somit in diesem Sinne im Rahmen der Möglich-  
keiten handeln.

### 3. Genusscannabis: Europäische und internationale Verträge

Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, so dass die Legalisierung des Handels von Genusscannabis ausdrücklich ermöglicht wird? Würden Sie Alternativ auch eine niedrighschwelligere Lösung für reformwillige EU-Staaten unterstützen?



CDU und CSU nehmen dazu in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm zur Europawahl 2024 Stellung: „Wir setzen uns für Prävention und die europaweite Ächtung von Drogen ein. Gesellschaftliche Experimente wie die Legalisierung von Haschisch oder anderen Drogen zum Freizeitkonsum lehnen wir entschieden ab. Wir wollen daher keine Legalisierung von Cannabis.“



Ja. Wir streben eine EU-weite Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir wollen es erweitern, sodass jedes Land selbst entscheiden kann. Gleichzeitig stärken wir Prävention und Jugendschutz.



Die SPD ist für die Einführung der kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften. Aus unserer Sicht wird dadurch die Qualität von Cannabis besser kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet. Für Deutschland haben wir diese Maßnahme auch in unserem Koalitionsvertrag vereinbart. Aufgrund völkerrechtlicher Vorgaben stehen wir allerdings vor Herausforderungen, denen wir national in einem ersten Schritt mit dem privaten Eigenanbau durch Erwachsene zum Eigenkonsum, mit den Cannabis Sozial Clubs sowie mit den Modellprojekten von Ländern und Kommunen zur regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene, begleitet durch Maßnahmen der Prävention, Beratung und Behandlung im Jugendbereich, begegnen. Diese Lösungen sowie eine umfassende Entkriminalisierung unterstützen wir auch für und mit anderen EU-Staaten ausdrücklich.



Die Linke setzt sich dafür ein, dass das EU-Recht und das Schengener Abkommen geändert werden, damit sie einer umfassenden Legalisierung von Cannabis in den Mitgliedstaaten nicht im Weg stehen. Das gilt analog auch für die Suchtstoffabkommen der Vereinten Nationen, deren grundsätzlicher Ansatz der Prohibition wir als überholt ansehen. Unser Ziel ist, Cannabis in der EU insgesamt zu legalisieren.



Die Fragen 1 und 3 werden gemeinsam beantwortet.  
Wir Freie Demokraten wollen das EU-Recht reformieren, um den Mitgliedstaaten die kontrollierte Freigabe von Cannabis und eine eigenständige Drogenpolitik zu ermöglichen.  
In Deutschland haben wir in Regierungsverantwortung durch die Entkriminalisierung des Cannabis-Konsums einen längst überfälligen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik vollzogen. Wir Freie Demokraten haben eine kontrollierte Freigabe von Cannabis schon lange befürwortet und uns dafür eingesetzt, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Im Zuge der Entkriminalisierung von Cannabis wurde Medizinalcannabis richtigerweise aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen und es wurden bessere Möglichkeiten für den Anbau von Medizinalcannabis in Deutschland geschaffen.



Antwort: Die internationalen Verträge über Rauschmittel setzen eine lange veraltete Ideologie, inklusive des "War on Drugs", fort und müssen deswegen grundsätzlich überdacht werden. Das bedeutet konkret, dass es den Nationalstaaten und Zusammenschlüssen wie der EU möglich werden muss, Herstellung, Handel und Gebrauch zu legalisieren. Dies ist zum einen für die konsequente Umsetzung der Grundrechte notwendig, gebietet sich aber auch zur Bekämpfung von kriminellen Strukturen und Korruption.

Bevor dies umgesetzt ist, müssen Cannabis sowie andere Rauschmittel europaweit entkriminalisiert werden, beispielsweise nach portugiesischem Modell.



Die Piraten plädieren dafür, dass sich die EU für eine Neufassung und gegebenenfalls Kündigung der UN-Konventionen zu psychoaktiven Substanzen einsetzt, um eine wissenschaftlich fundierte Sichtweise zu erreichen. Cannabis und andere Substanzen sollten von der Liste der illegalen Drogen gestrichen werden. Prohibition hat noch nie dafür gesorgt, dass eine Droge nicht konsumiert wurde.

## 4. Green Deal

**Inwieweit werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hanf Bestandteil des Europäischen Green Deals wird?**



Der Anbau von Hanf und seine Verwendung als nachwachsender Rohstoff kann zu den Zielen des Green-Deals beitragen. Der Anbau von Nutzhanf kann die Fruchtfolge auflockern und ist gut für die Bodengesundheit und -struktur durch die starke Durchwurzelung. Deshalb begrüßen wir, dass Landwirtinnen und Landwirte, die Nutzhanf (mit einem THC-Gehalt von unter 0,3 Prozent) anbauen, im Rahmen der GAP flächenbezogene Direktzahlungen beantragen können. Hanfanbauer können auch über Fördermaßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums Unterstützung beantragen, die im Rahmen der zweiten Säule der GAP angeboten werden. CDU und CSU werden sich bei der Weiterentwicklung der GAP nach 2027 dafür einsetzen, dass Hanfanbau Bestandteil des Fördersystems bleibt. Die vielfältigen und nachhaltigen Einsatzmöglichkeiten von Hanf bei der Textil- und Papierherstellung, in der Bauindustrie etc. sollen im Rahmen der Entwicklung der Bioökonomie in der EU weiter erforscht und entwickelt werden.



Hanf ist in vielerlei Hinsicht nützlich für die Umwelt und sollte daher auch im Rahmen des Europäischen Green Deals mehr Beachtung finden.



Hanf kann aus unserer Sicht eine wichtige Rolle im Rahmen des Green Deals spielen. In der Landwirtschaft kann er als Teil der Fruchtfolge dazu beitragen, die Vermehrung von Pflanzenkrankheiten zu unterbrechen, oder aufgrund seines schnellen Wachstums Böden vor Erosion zu schützen. Hanf kann als nachwachsendes Material außerdem dabei helfen, den Textil- und Bausektor, z. B. als Dämmmaterial, nachhaltiger zu machen.



Hanf wird bereits in ganz Europa angebaut. Frankreich ist der größte Erzeuger. Die EU Kommission offiziell: „Hanfanbau trägt zu den Zielen des europäischen Grünen Deals bei.“ Das bezieht sich bislang auf Pflanzensorten mit geringem THC-Gehalt. Die Legalisierung von Cannabis liegt im Ermessen der Mitgliedstaaten. Die Linke unterstützt die Europäische Cannabis Bürgerinitiative. Wir wollen EU-Bestimmungen und das Schengener Abkommen so ändern, dass Anbau von Cannabis in den Mitgliedstaaten möglich ist und Cannabis EU- weit legal wird. Wir sehen ein hohes wirtschaftliches und ökologisches Potenzial im Anbau von Cannabis in der EU. Hanfpflanzen dienen der Artenvielfalt, da sie anders als andere Feldfrüchte von Juli bis September blühen und viel Pollen produzieren. Hanfpflanzen bieten Vögeln Schutz und ihre Samen liefern Nahrung für Tiere. Da es genügend natürliche Feinde von Schädlingen in Hanfplantagen gibt, kann auf Pestizideinsatz verzichtet werden.





Wir Freie Demokraten sehen das Potential von Hanf als nachwachsender Rohstoff und sehr anpassungsfähige Pflanze, die auch auf trockenen Böden gute Erträge liefern kann. Den Green Deal sehen wir jedoch grundsätzlich sehr kritisch, da er in seiner Ausgestaltung erhebliche neue Bürokratie für die Wirtschaft verursacht, und fordern hier eine Regulierungspause.



Antwort: Die Hanfpflanze liefert nachwachsende Rohstoffe mit großem Potential in zahlreichen Sektoren. Hanf ist eine weitere Nutzpflanze in unserem Repertoire, stellt eine Alternative für den Mais als Energiepflanze dar und diversifiziert so die Nutzung unserer landwirtschaftlichen Flächen. Deswegen unterstützen wir eine Gleichbehandlung, sowohl in der Regulierung als auch bezüglich Subventionen, mit anderen Nutzpflanzen. Durch die jahrzehntelange Benachteiligung der Nutzhanfindustrie durch die Gesetzgeber sehen wir einen zusätzlichen Spielraum bei der Förderung der Entwicklung europäischer Sorten und dem Aufbau einer verarbeitenden Industrie.



Wir sehen einen Ansatzpunkt im GAP. Die GAP sollte die Landwirte dazu ermutigen, sich an den Klimawandel anzupassen, was die Technologien und die Wahl der Kulturen oder Sorten betrifft. Die GAP muss einen Rahmen bieten, der gleiche Rechte, Chancen und Verpflichtungen festlegt. Die Rolle der Subventionen in der europäischen Agrarpolitik muss sich in Richtung einer stärkeren Ausrichtung auf Vielfalt und Gleichheit ändern. Finanzielle Unterstützung muss nach Kriterien der Nachhaltigkeit gewährt werden und nicht auf der Grundlage der Fläche oder der Produktion.

## 5. Traditionelle Lebensmittel

**Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass natürlich verarbeitete Pflanzenbestandteile des Nutzhanfs (inkl. natürlich vorkommendes CBD) als traditionelle Lebensmittel nicht unter die Novel-Food Verordnung der EU fallen und den traditionellen Einsatz als Heilkraut normalisieren?**



Lebensmittel aus der Hanfpflanze, deren Verwendung für die Küche in der EU schon vor 1997 dokumentiert ist, fallen nicht unter die Novel Food Verordnung. Das gilt für Produkte aus Cannabis sativa L.-Pflanzen oder -Pflanzenteilen, wie Hanfsamen, Hanfsamenöl oder Hanfsamenmehl, wenn ihre Verwendung nicht aufgrund des THC-Gehaltes eingeschränkt ist. Für die Einzelsubstanz Cannabidiol (CBD) wurde bisher kein nennenswerter Verzehr vor dem 15. Mai 1997 belegt. Sie wird daher im Novel Food-Katalog der Europäischen Kommission unter dem Eintrag „Cannabinoids“ als neuartig beurteilt und bedarf somit einer Zulassung nach der Novel Food-Verordnung. Diese Rechtslage werden wir prüfen, wenn neue Erkenntnisse vorliegen.



Die Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit CBD-Produkten treibt viele Unternehmer\*innen und Verbraucher\*innen um, insbesondere nach der Einstufung einiger CBD-Produkte im Novel Food Katalog der EU. Die zunehmende Repression im Zusammenhang mit CBD ist nicht angemessen und längst durch wissenschaftliche Erkenntnisse überholt. Wir GRÜNE halten es für richtig, einen umfassenden Verbraucher\*innenschutz sicherzustellen, ideologisch motivierte Repression ist dafür aber nicht der richtige Weg. Daher setzen wir uns für mehr Rechtssicherheit bei der Einstufung als traditionelle Lebensmittel ein.



Die Gesundheitsunbedenklichkeit aller im Handel verfügbaren Lebensmittel ist ein wichtiges Gut. Daher ist es wichtig, klare Kriterien zu haben, welche Lebensmittel traditionell sicher sind. Derzeit sind das alle Lebensmittel, die bereits vor dem 15. Mai 1997 in nennenswertem Umfang innerhalb der EU für den menschlichen Verzehr verwendet wurden oder eine sichere Verwendungsgeschichte haben. Dies wurde für den Nutzhanf nicht belegt. Eine Anpassung im Novel Food Katalog wäre wegen der fehlenden rechtlichen Bindungswirkung dieses Kataloges keine hilfreiche Lösung. Wir bräuchten eine Änderung im rechtsbindenden Lebensmittelrecht. Die Gesundheitsunbedenklichkeit von Pflanzenbestandteilen des Nutzhanfs kann jedoch zielführend nur im Zusammenhang mit der Grenzfindung von zulässigen THC-Werten für den Nutzhanf erfolgen. Erst nach dem Abschluss dieser Debatte sind weitere Schritte möglich.



Die Linke befürwortet ohnehin die Legalisierung von Cannabis, sodass es jedem Erwachsenen freigestellt ist, ob er/sie Cannabis als Genuss- oder Heilpflanze verwendet. Wird das Produkt aber als Arzneimittel und mit Heilversprechen auf den Markt gebracht, erfordert das den Nachweis von Qualität, Wirksamkeit und Sicherheit. Diese Hürde befürwortet Die Linke zum Schutz der Patient\*innen.



Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass wettbewerbsrechtliche Nachteile bei CBD-Produkten für deutsche und europäische Unternehmen vermieden werden.



Es ist bereits jetzt so, dass klassische Hanfprodukte, wie z.B. Hanfsamenöl nicht unter die Novel-Food Verordnung fallen. Wir sehen auch weitere Produkte, die sich durch einfache Extraktionsverfahren gewinnen lassen (wie das Harz der Blüten, Cannabisbutter oder Tees) als klassische Lebensmittel und unterstützen deswegen Anpassungen der Verordnung, die Herstellern in diesem Bereich Rechtssicherheit bieten. Hochkonzentrierte Cannabinoidextrakte fallen unserem Verständnis nach zurecht unter die Novel-Food Verordnung oder unter Umständen auch unter die Arzneimittelgesetze der Staaten. Hier fordern wir eine schnelle Bearbeitung der Anträge durch die zuständigen Behörden und möchten diese mit dem dafür notwendigen Personal ausstatten. Darüber hinaus fordern wir EU-weit standardisierte THC-Grenzwerte in Nahrungsmitteln entsprechend wissenschaftlicher Erkenntnisse. Konkret solche, die einer täglichen Aufnahme von 11.9 µg/kg Körpergewicht entsprechen. Auch die Bestimmung des THC-Gehaltes muss EU-weit standardisiert erfolgen.



Im Prinzip gilt hier das selbe wie bei der vorherigen Frage. Wenn in der Landwirtschaft frei entschieden werden kann, was angebaut wird, gibt es keinen Grund, bestimmte Erzeugnisse zu verbieten.

## 6. Angemessene THC-Grenzwerte

Treten Sie dafür ein, dass beim Industriehanf (Nutzhanf) ein höherer THC-Grenzwert möglich wird? Falls ja, bis zu welcher Höhe (z.B. Schweiz & Tschechien: 1,0 %; Italien 0,6%)?



CDU und CSU treten für keine Änderung der Rechtslage ein. Diese wurde in Deutschland zuletzt 2023 von der Bundesregierung nach oben angepasst und entspricht dem EU-Recht.



Ja, wir GRÜNE setzen uns für eine Anpassung des THC-Grenzwertes für Nutzhanf auf mindestens 0,6 Prozent in der Trockenmasse ein. Natürliche wetterbedingte Schwankungen machen sonst den Anbau von Nutzhanf zu einem Glücksspiel, bei dem ggf. wertvolle Ressourcen vernichtet werden müssen. Zugelassene Sorten müssen ohne weitere Prüfungen gekauft und angebaut werden können, solange die Verwendung von zertifiziertem Saatgut durch Rechnungsbelege oder Laboranalysen bei Nachbau dokumentiert ist. Darüber hinaus ist bürokratischer Mehraufwand ohne erkennbaren Nutzen abzubauen, wie die Meldepflicht jeder einzelnen bestellten Saatguteinheit (statt Angabe der gesamten Lieferung gebündelt) sowie verpflichtenden Blühheldungen, die zu einer Verzögerung der Ernte führen können.



Mit dem Inkrafttreten der neuen GAP-Strategieplanverordnung Anfang 2023 ist der zulässige THC-Wert für Nutzhanf schon um 0,1% auf 0,3% erhöht worden. Um Rechtssicherheit zu schaffen und wirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten für Hanfbauern zu erweitern sowie das wirtschaftliche Potenzial der Branche zu nutzen, sollte aus unserer Sicht eine weitere Anpassung des Grenzwerts politisch diskutiert werden. Die Grenzfindung sollte dabei die vielseitigen wirtschafts- und gesundheitspolitischen Interessen berücksichtigen und darf zu keinen gesundheitsschädlichen oder rauschverursachenden Wirkungen durch bspw. eine Anwendung in Lebensmitteln führen.



Wir befürworteten die Legalisierung von Cannabis als Genussmittel. Die Unterscheidung zum Nutzhanf liegt in der bewusstseinsverändernden Wirkung. Die Grenzwerte dafür sollten EU-weit auf Grundlage des aktuellen Stands der Wissenschaft und nicht nach politischem Gusto festgelegt werden. Durch die von uns unterstützte Legalisierung verliert die Frage nach Grenzwerten etwas an Brisanz, da es kaum Anreize gibt, aus Nutzhanf mit viel Aufwand eine konsumierbare Substanz herzustellen.



Wir sehen die Potentiale von Nutzhanf. In Deutschland haben wir den THC-Grenzwert für Nutzhanf auf 0,3 Prozent erhöht. Durch den höheren Grenzwert haben Nutzhanfbaubetriebe einen größeren Spielraum.



Antwort: Wir haben nicht die Befürchtung, dass Nutzhanf, auch nach einer großzügigen Erhöhung der THC-Grenzwerte, eine relevante Rolle in der illegalen Rauschmittelproduktion spielen wird. Deswegen fordern wir eine sofortige EU-weite Anhebung auf den bereits bewährten Grenzwert von 1.0%. Darüber hinaus unterstützen wir die Erprobung höherer Grenzwerte.



Prinzipiell streben wir eine einheitliche Cannabispolitik in der Europäischen Union an, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen gründet. Dies gilt auch für den hier angesprochenen Aspekt. Insofern legen wir uns nicht auf einen Wert fest, sondern warten die Ergebnisse ab hinsichtlich dessen, was medizinisch und verkehrssicherheitstechnisch sinnvoll ist.

## 7. Rechtssicherheit bei weiteren Cannabinoiden (z.B. CBD)

Wie ist Ihre Haltung zum Thema nicht-psychoaktive Cannabinoide (z.B. CBD, CBG, CBN) und welchen Rechtsrahmen für den sicheren Umgang mit Cannabinoiden wollen Sie nach der Europawahl umsetzen? Befürworten Sie eine Grenzwertfindung zum sicheren Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden?

**CDU CSU**

Wir beobachten die europäische und wissenschaftliche Debatte zur Verkehrsfähigkeit von aus Nutzhanf hergestellten Produkten aufmerksam. Dabei steht für uns die Sicherheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern im Mittelpunkt.



Mit der Entkriminalisierung von Cannabis in Deutschland sind wir einen großen Schritt zu einer humanen und gesundheitsorientierten Drogenpolitik gegangen. Dieser ideologie-brefreite Umgang umfasst auch nicht-psychoaktive Cannabinoide. Auch auf europäischer Ebene streben wir eine EU-weite Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an.



Aus der Sicht der SPD soll es keine Einschränkungen im Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden geben. Zugleich ist uns wichtig, dass die Konsumententscheidungen bewusst und informiert geschehen, und wir halten eine Aufklärungskampagne mit dem Fokus auf schwangere und stillende Frauen, auf Menschen mit Lebererkrankungen und auf Arzneimittel-Wechselwirkungen, die durch Hersteller dieser Produkte finanziert werden soll, für angebracht. Um Rechtssicherheit zu schaffen, finden wir zudem zumindest eine Debatte zur Grenzwertfindung zum sicheren Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden als wirkungsvoll.

**DIE LINKE.**

Für Die Linke gibt es keinen Grund, für nicht psychoaktive Substanzen im Cannabis gesonderte Regelungen aufzustellen. Das Arzneimittelrecht und das Heilmittelwerberecht regeln das Nötige.



Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass ein sicherer Umgang mit Cannabinoiden in allen EU-Mitgliedstaaten gewährleistet werden kann.



Antwort: Auf cannabinoidhaltige Produkte sollen entsprechend ihres beworbenen Zweckes bestehende Verordnungen, wie z.B. die Nahrungsmittelverordnungen, die Kosmetikverordnung ((EG) Nr. 1223/2009), oder die Arzneimittelverordnung ((EG) Nr. 726/2004), angewendet werden. Bei hochkonzentrierten Extrakten sehen wir unter Umständen eine Notwendigkeit, diese als Arzneimittel einzustufen. Diese Fälle müssen durch die EU als Gesetzgeber klar definiert werden, sodass sowohl Verbraucher geschützt sind, als auch Unternehmer rechtssicher arbeiten können.



Die Europäische Piratenpartei ist der Ansicht, dass die Drogen- und Suchtpolitik auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und der individuellen Autonomie sowie der öffentlichen Gesundheit Vorrang einräumen sollte. Die Partei unterstützt eine Überarbeitung der UN-Drogenkonventionen und deren Umsetzung in EU-Recht, um eine evidenzbasierte Drogenpolitik zu schaffen, die der öffentlichen Gesundheit und der Schadensbegrenzung Vorrang einräumt.

## 8. Normalisierung des Geschäftsverkehrs mit legalen Hanfprodukten

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Anbieter legaler Cannabisprodukte nicht weiter von Zahlungsdienstleistern, Banken und Social-Media-Anbietern ("Shadow-Ban") diskriminiert werden? Befürworten Sie eine Begründungspflicht bei Ablehnung von Dienstleistungen gegenüber den Antragstellern?



CBD-Händler werden als risikoreich eingestuft, da ihr Betätigungsfeld noch relativ jung ist. Dies beeinträchtigt die Bereitschaft der Zahlungsabwickler, Händler zu unterstützen, die in der CBD-Branche tätig sind. Für CDU und CSU gilt: Dienstleistungserbringer dürfen niemanden diskriminieren, haben aber auch eine gewisse Verantwortung für ihre Leistungen. Wir werden deshalb prüfen, welche Maßnahmen umgesetzt werden können, um höchstmögliche Transparenz zu gewährleisten.



Sofern beispielsweise kartellrechtlich aufgrund einer marktbeherrschenden Stellung eine Pflicht zum Vertragsabschluss besteht, ergibt sich daraus grundsätzlich auch eine Begründungspflicht, wenn der Vertragsabschluss dennoch abgelehnt oder ein bereits geschlossener Vertrag gekündigt wird. Die Voraussetzungen für einen solchen Kontrahierungszwang sind jedoch zu Recht hoch und eine Begründungspflicht ohne entsprechende Pflicht zum Abschluss des Vertrages liefe letztlich leer. Gleichzeitig haben Zahlungsdienstleister in doppelter Hinsicht eine besondere Verantwortung: Sie dürfen ihre eigene Stellung am Markt nicht missbrauchen und müssen gleichzeitig entsprechend der gesetzlichen Vorgaben sicherstellen, dass ihre Dienstleistungen nicht missbraucht werden. Hohe Standards in Bezug auf die interne Prüfung sind daher unerlässlich und müssen im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit geprüft werden.



Als SPD setzen wir uns dafür ein, dass Anbieter legaler Geschäftstätigkeiten unter Berücksichtigung des Gesundheits- und Jugendschutzes diskriminierungsfrei Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt anbieten können. Wenn Social-Media-Anbieter von Nutzer\*innen bereitgestellte Informationen entfernen, sollten sie ihre Entscheidung nach bereits geltendem EU-Recht begründen.



Wir fordern für Cannabis einen entideologisierten und normalisierten Umgang. Es muss raus aus der "Schmuddelecke" und es gibt keine Grund für einen besonderen Behandlung durch Zahlungsdienstleister, Banken oder Social-Media-Anbieter. Wenn es eine wettbewerbsverzerrende Ungleichbehandlung gibt, sollte der Staat regulierend eingreifen. In jedem Fall sollte die EU durch Öffentlichkeitsarbeit dazu beitragen, dass Cannabis-Anbieter, erst recht wenn es nicht um Cannabis als Rauschmittel geht, entstigmatisiert werden.



Wir Freie Demokraten setzen uns für diskriminierungsfreie wirtschaftliche Rahmenbedingungen auf nationaler wie europäischer Ebene ein. Zugleich gilt für uns der Grundsatz der Achtung der Privatautonomie.



Wir können uns nicht dafür einsetzen, dass legale Cannabisprodukte nicht weiter diskriminiert werden, da wir Unternehmer und Banken nicht dazu zwingen können, eine Begründungspflicht zu erbringen.



Wir verweisen an dieser Stelle auf unsere Vorbemerkung. Zielführend kann die konkrete Formulierung von Diskriminierungsfreiheit bspw. in der Zahlungsdiensterichtlinie (PSD2) und anderen Regelungen für die verschiedenen Dienstleistungsbereiche sein. Dass eine Begründungspflicht für eine Ablehnung sinnvoll ist, wagen wir zu bezweifeln, denn wie heißt es so schön? Wer etwas machen will, findet Wege, wer etwas nicht machen will, findet Gründe. Schaden kann sie aber auch nicht.

### 3. Auszug aus den Wahlprogrammen zur Cannabis- / Drogenpolitik

#### CDU CSU

“Wir wollen die Zusammenarbeit von Europol mit den Polizeien der Mitgliedstaaten stärken und weiter verbessern. So bekämpfen wir organisierte Kriminalität und insbesondere Drogen- und Schleuserkriminalität, Cyberkriminalität und Terrorismus effektiver.”

S. 5 f.

“Wir setzen uns für Prävention und die europaweite Ächtung von Drogen ein. Gesellschaftliche Experimente wie die Legalisierung von Haschisch oder anderen Drogen zum Freizeitkonsum lehnen wir entschieden ab. Wir wollen daher keine Legalisierung von Cannabis.”

S. 16

Quelle: <https://www.europawahl.cdu.de/wahlprogramm>



“Cannabis europaweit legalisieren

Wir setzen uns auch in Europa für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel effektiv bekämpft. Auch in Europa brachte der rein repressive Umgang mit Drogen mehr Leid als Segen, Tausende Drogentote und eine wichtige Einnahmequelle für die Organisierte Kriminalität. Es braucht eine an der Wissenschaft und risikobasierten Betrachtung ausgerichtete Drogenpolitik. An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem risikobasierten Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Mit der Regulierung von Cannabis setzen wir auf Vernunft statt Kriminalisierung. Wir streben eine EU-weite Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Das europäische und internationale Cannabis europaweit legalisieren Wir setzen uns auch in Europa für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel effektiv bekämpft. Auch in Europa brachte der rein repressive Umgang mit Drogen mehr Leid als Segen, Tausende Drogentote und eine wichtige Einnahmequelle für die Organisierte Kriminalität. Es braucht eine an der Wissenschaft und risikobasierten Betrachtung ausgerichtete Drogenpolitik. An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem risikobasierten Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Mit der Regulierung von Cannabis setzen wir auf Vernunft statt Kriminalisierung. Wir streben eine EU-weite Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Das europäische und internationale internationale Recht setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir wollen es erweitern, sodass jedes Land selbst entscheiden kann. Gleichzeitig stärken wir Prävention und Jugendschutz.

Die Zunahme problematischen Drogenkonsums, neuer und synthetischer Substanzen und die Folgen sozialer Verelendung im öffentlichen Raum stellen eine große Herausforderung dar. Sie bergen Gefahren für Konsument\*innen, stellen Behörden vor besondere Herausforderungen und erfordern soziale Maßnahmen. Wir müssen wirksamer gegen unsichtbare und sichtbare Abhängigkeitsproblematiken vorgehen. Daher intensivieren wir, im Sinne des Gesundheitsschutzes, länderübergreifendes Zusammenarbeiten. Darüber hinaus wollen wir die gesundheitliche Versorgung von Abhängigen verbessern, eine Abkehr der Repression im Umgang mit Konsument\*innen, die Stärkung sozialer Hilfestrukturen und besseren Zugang zu Therapieplätzen ermöglichen. Auch die Forschung zum Umgang mit psychoaktiven Substanzen, insbesondere zum medizinischen Nutzen, wollen wir in europäischen Forschungsverbänden weiter vorantreiben.”

S. 56

## Lateinamerika

“[...] Auch eine effektive Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig. Dazu gehören neben polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen auch die Schaffung wirtschaftlicher Alternativen, Reduzierung von Abhängigkeiten von Kartellen und die Stärkung grenzüberschreitender Ermittlungen. [...]”

S. 85 f.

## Organisierte Kriminalität bekämpfen

“[...] Den Handel mit illegalen Drogen werden wir eindämmen und nehmen hierfür die gesamte Produktions- und Handelskette in den Blick. [...]”

S. 107

Quelle: [https://cms.gruene.de/uploads/assets/20240306\\_Reader\\_EU-Wahlprogramm2024\\_A4.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/assets/20240306_Reader_EU-Wahlprogramm2024_A4.pdf)



## “Entkriminalisierung von Cannabis

Wir sind davon überzeugt, dass eine lizenzierte und kontrollierte Abgabe von Cannabis hilft, den illegalen Drogenhandel zurückzudrängen und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle, zügige und europarechtskonforme Legalisierung von Cannabis ein und wollen dafür die rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Dabei haben für uns der Gesundheits- und Jugendschutz höchste Priorität.”

S. 49

## “Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden stärken

Wir wollen eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizeien und Sicherheitsbehörden in der Europäischen Union. Dazu gehört insbesondere auch die Stärkung von Europol bei der Unterstützung der Mitgliedsstaaten. Die Zusammenarbeit soll sich vor allem auf die Bekämpfung der Wirtschafts- und Cyberkriminalität konzentrieren. Zudem soll sie den Waffen-, Drogen- und Menschenhandel in den Fokus nehmen, wobei sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Gewalt gegen Frauen Schwerpunkte sein sollen.”

S. 48

Quelle: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/EuroDel/20240128\\_Europaprogramm.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/EuroDel/20240128_Europaprogramm.pdf)

## **DIE LINKE.**

### “Drogen entkriminalisieren

Die Linke setzt sich für einen europaweiten Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe. Nur durch eine gute Gesundheits- und Sozialpolitik können Risiken und Schäden reduziert werden – ein Verbot von Drogen kann das nicht. Es verhindert weder den Drogenhandel, noch senkt es wirksam den Konsum. Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel: Mehrere Milliarden Euro werden für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon.

Die EU soll in ihren Mitgliedstaaten Maßnahmen unterstützen, die auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung von Drogen setzen.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass das EU-Recht und das Schengener Abkommen geändert werden, damit sie einer umfassenden Legalisierung von Cannabis in den Mitgliedstaaten nicht im Weg stehen. Unser Ziel ist, Cannabis in der EU insgesamt zu legalisieren.”

S. 31

Quelle: [https://www.die-linke.de/fileadmin/user\\_upload/Europawahlprogramm.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Europawahlprogramm.pdf)

“Wir Freie Demokraten wollen das EU-Recht reformieren, um den Mitgliedstaaten die kontrollierte Freigabe von Cannabis und eine eigenständige Drogenpolitik zu ermöglichen.“

S. 24

Quelle: [https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-05/wahlprogramm\\_fdp\\_europawahl-2024.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-05/wahlprogramm_fdp_europawahl-2024.pdf)



“Förderung der Diversifizierung von Pflanzenarten, die eine sehr hohe Kohlenstoffbindung pro Flächen- und Zeiteinheit aufweisen und eine Quelle nachhaltiger Rohstoffe für eine Vielzahl von Mehrwertprodukten darstellen, wie Hanf und Bambus.“

S. 116

Quelle: [https://voltdeutschland.org/storage/assets-de/pdf/europawahl\\_2024/volt-wahlprogramm-europawahl-2024.pdf](https://voltdeutschland.org/storage/assets-de/pdf/europawahl_2024/volt-wahlprogramm-europawahl-2024.pdf)



“Der „Krieg gegen Drogen“ ist gescheitert. Die Prohibition bindet Ressourcen und verursacht immense Kosten. Unnötige Verfolgung und Verurteilung von Konsumenten psychoaktiver Substanzen schadet nicht nur der Gesellschaft durch ständig steigende Ausgaben für Polizei und Justiz, sondern drängt auch marginalisierte Menschen in die Illegalität und an den Rand der Gesellschaft, anstatt den Substanzkonsum außerhalb eines Schwarzmarktes zu regulieren. Dies stärkt den Schwarzmarkt und die organisierte Kriminalität. Viele EU-Mitgliedsstaaten planen, Cannabis neu zu bewerten, zu legalisieren oder zu entkriminalisieren, was nur ein erster Schritt in Richtung einer „Neuen Drogen- und Suchtpolitik“ sein kann. Drogenpolitik sollte in erster Linie Gesundheitspolitik sein und die sozialen und wirtschaftlichen Faktoren berücksichtigen, die Drogenkonsum und -abhängigkeit fördern. Eine Welt ohne Drogen in völliger Abstinenz ist unerreichbar. Der Zugang zu relevanten Informationen über den Drogenkonsum ist jedoch unerlässlich, um sowohl die Freiheit als auch die Sicherheit des Einzelnen zu gewährleisten. Der Staat sollte nur regulierend eingreifen, wenn er sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gefährlichkeit der Substanz/Sucht stützt.

Wir Piraten sind der Ansicht, dass die Drogen- und Suchtpolitik auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und der individuellen Autonomie sowie der öffentlichen Gesundheit Vorrang einräumen sollte. Wir unterstützen eine Überarbeitung der UN-Drogenkonventionen und deren Umsetzung in EU-Recht, um eine evidenzbasierte Drogenpolitik zu schaffen, die der öffentlichen Gesundheit und der Schadensbegrenzung Vorrang einräumt. Wir sind der Ansicht, dass Maßnahmen zur Verringerung der negativen Folgen des Drogenkonsums Vorrang vor strafenden Maßnahmen haben sollten. Diese Politik könnte Maßnahmen wie die Entkriminalisierung von Drogenkonsum und -besitz, die Ausweitung des Zugangs zu evidenzbasierter Behandlung und die Regulierung von Drogen zur Gewährleistung von Sicherheit und Qualität umfassen. Wir Piraten plädieren daher dafür, dass sich die EU für eine Neufassung und gegebenenfalls Kündigung der UN-Konventionen zu psychoaktiven Substanzen einsetzt, um eine wissenschaftlich fundierte Sichtweise zu erreichen. Cannabis und andere Substanzen sollten von der Liste der illegalen Drogen gestrichen werden. Die EU sollte einen Rahmen schaffen, der einen wissenschaftsbasierten Ansatz erleichtert und unter anderem den Informationsaustausch und Beiträge zur Forschung über psychoaktive Substanzen ermöglicht. Dies wird es ermöglichen, Behandlungen mit diesen Substanzen zu erforschen und umzusetzen (z. B. zur Behandlung von Krebs, ADHS oder Long Covid).

Die EU muss einen Rahmen schaffen, der die Mitgliedstaaten ermutigt, Cannabis und andere Substanzen zu entkriminalisieren, zu legalisieren und zu regulieren, um den Schwarzmarkt einzudämmen, den Verbraucher- und Jugendschutz besser zu gewährleisten und die Philosophie des freien EU-Binnenmarkts zu respektieren. Die EU muss Maßnahmen



ergreifen, um besonders gesundheitsschädliche legale Substanzen wie Alkohol und Tabak zu regulieren und den Gesundheits-, Jugend- und Verbraucherschutz zu gewährleisten, zum Beispiel durch Werbeverbote und die Einschränkung von Lobbyarbeit. Eine der wichtigsten Prioritäten der Piraten sind Maßnahmen zur Schadensbegrenzung für Drogenkonsumenten. Die Europäische Union muss die Einführung von Diensten zur Schadensminimierung wie Drogenkontrolldienste, Drogenkonsumräume und Substitutionstherapieprogramme fördern.

Für uns Piraten sind diese Dienste für die Reduzierung der mit dem Drogenkonsum verbundenen Schäden, wie Todesfälle durch Überdosierung und die Verbreitung von durch Blut übertragbaren Krankheiten, unerlässlich. Wir sind davon überzeugt, dass diese Dienste dazu beitragen können, dass mit dem Drogenkonsum verbundene Stigma zu verringern und Menschen zu unterstützen, die Hilfe für ihren Drogenkonsum suchen.

Wir Piraten unterstützen die Regulierung von Cannabis für den persönlichen Gebrauch in der EU. Wir sind der Meinung, dass die Kriminalisierung des persönlichen Konsums von Cannabis ineffektiv ist, Randgruppen unverhältnismäßig schadet und Ressourcen von dringenderen Bedürfnissen der öffentlichen Gesundheit ablenkt. Wir setzen uns für eine evidenzbasierte Cannabispolitik ein, die der Schadensbegrenzung Vorrang einräumt, einschließlich der Regulierung von Produktion, Vertrieb und Verkauf von Cannabis, um Sicherheit und Qualität zu gewährleisten.

Wir Piraten unterstützen die Legalisierung von psychedelisch unterstützten Therapien. Wir sind der Meinung, dass Patienten das Recht haben sollten, diese Behandlungen unter ärztlicher Aufsicht in Anspruch zu nehmen und dass sie reguliert werden sollten, um Sicherheit und Wirksamkeit zu gewährleisten. Wir unterstützen die Entwicklung einer evidenzbasierten Politik, die darauf abzielt, den Zugang zu psychedelisch unterstützten Therapien zu erweitern und die Forschung über das therapeutische Potenzial dieser Substanzen zu fördern.

Wir Piraten unterstützen eine gemeinsame europäische Alkohol- und Tabakpolitik, die auf Schadensbegrenzung ausgerichtet ist. Wir sind davon überzeugt, dass die öffentliche Gesundheit Priorität haben sollte, und die Politik evidenzbasiert sein sollte und darauf abzielen sollte, den Schaden für den Einzelnen und die Gemeinschaft zu verringern. Wir befürworten Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen, die den verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol und Tabak fördern, von übermäßigem Konsum abhalten und Werbung und Marketing verbieten.“

S. 11 f.

Quelle: <https://europa2024.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2024/04/Wahlprogramm-der-Piratenpartei-zur-EU-Wahl-2024.pdf>

### **Hier erhalten Sie weitere Informationen zu den Themen unserer Fachbereiche Medizinalcannabis, ehemaligen CBD & andere Cannabinoide, Industriehanf sowie Technik, Handel & Dienstleistung:**

Positionen aus dem Fachbereich Medizinalcannabis:

<https://cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2020/11/Elemente-Nr.-3-Medizinalcannabis-.pdf>

Positionen aus dem Fachbereich Technik, Handel & Dienstleistung:

[https://cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/04/Elemente\\_11\\_Positionen\\_TechnikHandelDienstleistung\\_BvCW\\_2021.pdf](https://cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/04/Elemente_11_Positionen_TechnikHandelDienstleistung_BvCW_2021.pdf)

Positionen aus dem Fachbereich Industriehanf:

[https://cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/05/ELEMENTE12\\_Nutzhanf\\_Positionierungen\\_BvCW.pdf](https://cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/05/ELEMENTE12_Nutzhanf_Positionierungen_BvCW.pdf)

Positionen aus dem ehemaligen Fachbereich CBD & andere Cannabinoide:

[https://cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/08/ELEMENTE\\_16\\_Nutzhanfbl%C3%B4ten\\_CBD\\_BvCW.pdf](https://cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/08/ELEMENTE_16_Nutzhanfbl%C3%B4ten_CBD_BvCW.pdf)

Aussagen von Bundestagsabgeordneten zu CBD:

[https://cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2020/11/BvCW\\_ELEMENTE\\_7\\_Mitglieder\\_des\\_BundestagesMdB\\_Aussagen\\_zu\\_CBD.pdf](https://cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2020/11/BvCW_ELEMENTE_7_Mitglieder_des_BundestagesMdB_Aussagen_zu_CBD.pdf)

Aussagen von Bundestagsabgeordneten zu Medizinalcannabis:

[https://cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/03/BvCW\\_ELEMENTE\\_9\\_Mitglieder\\_des\\_BundestagesMdB\\_Aussagen\\_zu\\_Medizinalcannabis.pdf](https://cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/03/BvCW_ELEMENTE_9_Mitglieder_des_BundestagesMdB_Aussagen_zu_Medizinalcannabis.pdf)

Deutscher Bundestag (2021). Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Bundestagsdrucksache 19/31100:

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/311/1931100.pdf>